

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Der Abdruck in den Reichsteilen und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. Alle Bestellungen sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff u. Umgegend. Die Bestellungen sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff u. Umgegend. Die Bestellungen sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff u. Umgegend.

Bezugspreis: Die Originalnummer 20 Pfennig, die 4 getheilte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pfennig, die 2 getheilte Reichsteile im täglichen Teile 100 Pfennig. Nachweisungsgebühr 20 Pfennig. Druck- und Postgebühren sind nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Bestellungen sind zu richten an den Verleger, Wilsdruff u. Umgegend.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weißhitz, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 144. — 85. Jahrgang. — Zeltgr.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. — Postfach: Dresden 2640. — Mittwoch, den 23. Juni 1926.

Oberschlesische Industriefestigung.

Von wirtschaftspolitischer Seite wird uns zu dem soeben erfolgten Zusammenschluß in der ober-schlesischen Schwerindustrie geschrieben: Nach langem, aber sehr erbittert geführtem Kampf ist nun auch in der ober-schlesischen Schwerindustrie ein Konzern gebildet worden, den man als ein, wenn auch kleineres Gegenstück gegen den ab 1. Juli in Kraft tretenden Eisen-Montantrust im Rhein-Ruhrgebiet ansehen kann. Es sind natürlich längst nicht solche Riesenunternehmungen wie im Westen, die sich im Industriegebiet Oberschlesiens zusammengeschlossen haben, auch nicht so viel wie dort. Die Donnersmardhütte, dann die Oberschlesische Eisenbahnbedarfsgesellschaft, dann die Oberschlesische Eisenindustrie-Gesellschaft — die aber jetzt in die Linde-Hofmann-Lauchhammer-Gesellschaft aufgegangen ist — bilden die neue Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke-Gesellschaft, deren Sitz in Gleiwitz ist und deren Kapital 30 Millionen Reichsmark beträgt, also gegenüber dem des Rhein-Montantrusts fast zverfacht erscheint.

Daß diese trustartige Vereinigung zustande kam, eher den Handelskrieg mit Polen beendigen, ist erfreulich; denn die Grenzziehung in Oberschlesien hat ja der dort früher so blühenden deutschen Industrie Wunden aller Art geschlagen, wobei es für uns nur einen etwas kümmerlichen Trost darstellt, daß es dem polnisch gewordenen Teil dieser Industrie noch viel schlechter geht. Die ober-schlesische Schwerindustrie ist ja in einer schwierigeren Lage als die westliche an Rhein und Ruhr, weil sie an Kohlen in der Hauptsache nur über Aachen das Eisen erst mühsam und kostspielig heranzuführen muß. Die schweren Schädigungen jener Grenzbeziehungen waren der Anlaß, daß die Gesellschaften — abgesehen von der Donnersmardhütte, die hauptsächlich Kohleneisen ist und der es immer gut ging — vom Staat sehr beträchtliche Zuschüsse erhielten, aber trotzdem nicht wieder auf einen grünen Zweig kommen konnten, namentlich im letzten Jahre unter sehr erheblichen Verlusten arbeiteten. „Obereisen“ hatte nämlich an Polen seine weiterverarbeitenden Stahl- und Walzwerke verloren und im wesentlichen nur die Hoheisen- und Rohstahlerzeugung behalten, während es bei „Oberbedarf“ gerade umgekehrt gewesen war. Nun trat die Donnersmardhütte mit ihrer Kohlenproduktion hinzu, so daß die neue Oberschlesische Hüttenwerke-Gesellschaft die natürlichste Sache der Welt ist und ohne jede wesentliche Betriebsumstellung gebildet werden konnte: „Obereisen“ bzw. Linde-Hofmann erzeugt Hoheisen und Rohstahl, Oberbedarf verarbeitet es zum Fertigfabrikat und Donnersmard — übrigens in der Hauptsache Gräflich Vallerstien'schen Werk — liefert die Kohlen für beide, d. h. ein neues, komplettes, gemischtes Eisenwerk großen Stils ist zusammengeschweißt.

Erfreulich ist, daß nun endlich auch die Eisenbahn der ober-schlesischen Industrie in der Tariffrage entgegenkommt, nachdem sie sich über ein Jahr gekräutert hat, Tarifherabsetzungen zu versagen, die doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit hätten sein müssen, da die polnische Konkurrenz im Osten Deutschlands ausgeschloffen war und im Ausland umso schwerer hätte bekämpft werden können, wenn eben die Tarife niedriger gewesen wären, die Werke infolgedessen nicht so hohe Produktionskosten gehabt hätten und daher in sehr gefährlicher Schwierigkeiten lagen. Diese Schwierigkeiten hofft man nun durch eine straffe Betriebsorganisation zu überwinden, und man gedenkt vor allem dadurch eine preisverbilligende Politik treiben zu können. Der vornehmlich agrarische Osten Deutschlands — das Hauptabsetzgebiet — ist ja auch angesichts der Notlage der Landwirtschaft längst nicht so lauffähig wie der industrielle Westen; eine Monopolstellung besitzt der Trust übrigens auch nicht, denn beispielsweise das große Vorkriegswerk hat sich von dem Zusammenschluß ferngehalten, steht aber nun ganz allein als Eisenwerk in Deutsch-Oberschlesien da.

Ganz besonders finanzielle Schwierigkeiten sind es gewesen, die den Zusammenschluß verhindert haben: jetzt endlich konnten sie behoben werden. Im Westwirtschaftskampf der Eisenindustrie, in den gegenwärtig besonders lebhaft geführten Unterhandlungen mit der französischen durch ihr Valutadumping sehr gefährlichen Konkurrenz bedeutet aber jede Konsolidierung der deutschen Eisenindustrie eine Kräftigung.

Der deutsche Außenhandel im Mai.

Nach 27 Millionen Ausfuhrüberschuß. Die Aktivität der deutschen Außenhandelsbilanz zeigt im Mai gegenüber dem Vormonat eine weitere Abschwächung. Der Ausfuhrüberschuß im Mai beträgt insgesamt 25 Millionen Reichsmark, im reinen Warenverkehr 27 Millionen Reichsmark gegen 56 Millionen Reichsmark im April und 278 Millionen Reichsmark im März. Im Mai zeigt die reine Wareneinfuhr gegenüber April eine Abschwächung um 20 Millionen Reichsmark. Während die Einfuhr an Lebensmitteln um 14,6 Millionen Reichsmark zugenommen hat, weist die Einfuhr an Rohstoffen eine Abnahme von 32,6 Millionen Reichsmark und die für Fertigwaren um 2,8 Millionen Reichsmark auf. Die reine Wareneinfuhr zeigt im Mai gegenüber April einen Rückgang um 49,7 Millionen Reichsmark. Die Fertigwareneinfuhr ist gegenüber April um 49,4 Millionen Reichsmark, die von Lebensmitteln um 2,8 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Die Ausfuhr an Rohstoffen zeigt eine Zunahme um 2,2 Millionen Reichsmark.

Der Kampf um die Fürstenabfindung.

Schwierigkeiten beim Abfindungsgesetz

Das vor der letzten Reichstagspause dem Rechtsausschuß überwiesene, von der Reichsregierung ausgearbeitete Abfindungsgesetz für die Fürstenhäuser soll nunmehr vom Rechtsausschuß schnellstens erledigt werden, um dann im Reichstag selbst verabschiedet werden zu können. Den Anlaß der Besprechungen im Rechtsausschuß bildete ein dringender Wunsch des Ausschussvorsitzenden, daß die häßlichen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien anläßlich des Volkseinfuhrgesetzes bei den kommenden Ausschußverhandlungen keine Nachwirkung haben möchten. Der Zentrumsabgeordnete Schulte betonte, wie dies auch schon in einer öffentlichen Zentrumskundgebung geschehen war, daß die Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern die ernste und wichtigste politische Frage bleibe, während der Abgeordnete Dr. Rosenfeld (Soz.) kündigte, daß auch seine Partei eine schnelle Entscheidung herbeizuführen wünsche. Der demokratische Abgeordnete Freizer von Richthofen wies die Anschuldigungen des kommunistischen Redners zurück, nach denen sich die Regierung mit dieser Vorlage eines Betruges schuldig gemacht habe. Im übrigen verzichtete der Ausschuss auf eine Generaldebatte und will am Mittwoch an die Spezialberatung der Vorlage gehen.

Unterdessen finden weitere Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten über die Verabschiedung des Gesetzes statt. Der Wunsch der Reichsregierung geht dahin, das Gesetz möglichst ohne Änderungen anzunehmen. In diesem Wunsche wird die Regierung von

der Mehrheit der Koalitionsparteien unterstützt, nur die Bayerische Volkspartei soll einige Bedenken gegen die Vorlage vorgebracht haben. Der Wunsch der Reichsregierung nach unveränderter Annahme dieses Gesetzes wird allerdings kaum in Erfüllung gehen. Denn sowohl von den Deutschnationalen wie den Sozialdemokraten wird beabsichtigt, Abänderungsanträge zu dem Regierungsentwurf einzubringen. Die Deutschnationalen zielen vor allen Dingen darauf hin, daß das schon früher Parl. bekämpfte Sondergericht, das die Teilung der Vermögensmasse der Fürsten vornehmen soll, nur dann seinen Spruch fällen soll, wenn es zweifelhaft erscheint, ob es sich um Privat- oder Staatsgüter handelt. Die Sozialdemokraten wollen wesentliche Verschärfungen in den Regierungsentwurf hineinbringen. So soll nach ihren Wünschen das Sondergericht nicht vom Reichspräsidenten ernannt, sondern vom Reichstag gewählt werden. Ferner verlangen die Sozialdemokraten völligen Wegfall der Kronfideikommissrenten der Fürsten sowie Nachprüfung aller auch vor der Revolution gefällten Urteilsprüche in der Fürstenabfindungsfrage.

Unter diesen Umständen erscheint es tatsächlich sehr fraglich, ob der Regierungsentwurf im Reichstag zur Annahme gelangen wird. Die Oppositionsparteien scheinen doch gegenüber dem Regierungsentwurf größeren Widerstand an den Tag zu legen, als es bei der Reichsregierung erwartet wurde. In den parlamentarischen Kreisen wird infolgedessen bereits viel von einer drohenden Auflösung des Reichstages gesprochen, und schon die nächsten Tage werden Klarheit hierüber bringen, da die Reichsregierung gewillt ist, das Gesetz noch vor der großen Sommerpause des Parlaments, die schon Anfang Juli beizutreten soll, unbedingt zur Verabschiedung zu bringen.

für den scheidenden Generalkommissar beantrage. (Langanhaltender Beifall im ganzen Hause.) Der Auszug des Protokolls wird dem Generalkommissar in einem Prachtalbum überreicht werden.

Deutscher Reichstag.

(214. Sitzung.) — Berlin, 22. Juni.
Der Gesetzentwurf über Rückgabe der für Befestigungszwecke in Anspruch genommenen Grundstücke wurde dem Ausschuss für die besetzten Gebiete überwiesen. Die Novellen zum Gesetz über den Verkehr mit unedlen und edlen Metallen sowie Edelsteinen gehen an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss. Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfes über eine Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge, wodurch die finanziellen Wirkungen ermittelt werden sollen, die die Staffelung der Erwerbslosenunterstützung nach Lohnklassen haben würde.
Abg. Nadel (Komm.) bekämpfte die Vorlage, weil eine solche Staffelung zu einem Abbau der Unterstützungsätze und zu einer Schlechterstellung der Erwerbslosen führen würde.
Abg. Dismann (Soz.) ist aus demselben Grunde gleichfalls gegen die Vorlage.
Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte, daß es sich nur um eine Statistik handle. Die Regierung wolle keineswegs noch vor der Sommerpause eine grundlegende Änderung der Bestimmungen vornehmen. Es werde dafür gefordert werden, daß die Unterstützungen weitergezahlt werden. Eine entsprechende Regierungsvorlage werde dem Hause in den nächsten Tagen zugehen.
Die Vorlage wird dann in allen drei Lesungen angenommen.
Die Novelle zum Gesetz über die Gesellschaften G. m. b. H. wurde ohne Aussprache in dritter Lesung angenommen. Sie soll am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Dann wurde die dritte Beratung der Novelle zum

Reichstagnappschäfts-gesetz

vorgesch. Abg. Frau Schröder (Soz.) wandte sich gegen verschiedene Bestimmungen des mit der Vorlage verbundenen Gesetzentwurfes der Regierungsparteien über die Neuregelung der Kinderrenten in der Beruferversicherung und in der Angestelltenversicherung. Sie beantragte eine Erhöhung der Leistungen.

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt. Abg. Wiffel (Soz.) suchte nachzuweisen, daß das Initiativgesetz die Lage der Versicherten gegenüber dem geltenden Rechte verschlechtere.

Ministerialdirektor Grieser bestritt, daß eine solche Verschlechterung eintrete. Die Regierung werde aber bis zur dritten Lesung des Gesetzentwurfes der Regierungsparteien die Frage noch einmal nachprüfen.

Das Initiativgesetz wurde in zweiter Beratung angenommen, und die dritte Beratung auf Mittwoch vertagt. Bei der Novelle zum Reichstagnappschäfts-gesetz wurden die Abänderungsanträge der Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt und die Beschlüsse der zweiten Lesung im wesentlichen bestätigt.

Vor der Schlussabstimmung erklärte Abg. Dr. Woldemar (D. Sp.), der in der zweiten Beratung angenommen und jetzt beabsichtigte sozialdemokratische Antrag, wonach in der Verwaltung die Arbeitgeber nur zwei Fünftel der Vertreter stellen sollen, hätte bei einem Teil seiner Freunde so starke Bedenken erregt, daß sie gegen die Vorlage stimmen würden.

rend die Einfuhr an Lebensmitteln um 14,6 Millionen Reichsmark zugenommen hat, weist die Einfuhr an Rohstoffen eine Abnahme von 32,6 Millionen Reichsmark und die für Fertigwaren um 2,8 Millionen Reichsmark auf. Die reine Wareneinfuhr zeigt im Mai gegenüber April einen Rückgang um 49,7 Millionen Reichsmark. Die Fertigwareneinfuhr ist gegenüber April um 49,4 Millionen Reichsmark, die von Lebensmitteln um 2,8 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Die Ausfuhr an Rohstoffen zeigt eine Zunahme um 2,2 Millionen Reichsmark.

Das Republikshutzgesetz bleibt!

Abfassung der Zuchthausstrafen. Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde die Beratung des völkischen Antrags auf Aufhebung des Republikshutzgesetzes fortgesetzt. Von den Sozialdemokraten war beantragt worden, die Zuchthausstrafen und die Ausweisung über die Ausweisung von bestrafte Ausländern zu streichen. Die völkischen beantragten die Streichung der Bestimmungen, die sich auf Verbote von republikfeindlichen Versammlungen, Demonstrationen und Organisationen beziehen.

Staatssekretär Zweigert erklärte, gegen den sozialdemokratischen Antrag habe die Regierung keine Bedenken, wohl aber gegen den völkischen. Der ursprüngliche Antrag der völkischen auf Aufhebung des ganzen Republikshutzgesetzes wurde mit 17 gegen die neun Stimmen der Deutschnationalen und völkischen abgelehnt. Auch die weiteren Anträge versieten der Abrechnung mit Ausnahme des sozialdemokratischen. Das Ergebnis der zweiten Beratung ist also, daß aus dem Republikshutzgesetz nur die Bestimmungen gestrichen werden, die Zuchthausstrafen und die Ausweisung von Ausländern vorschreiben.

Ehrung des Völkerbundkommissars Smith durch Ungarn.

Nach Aufhebung der Finanzkontrolle. In der ungarischen Nationalversammlung gedachte der Vorsitzende Scitovezky anläßlich der Aufhebung der finanziellen Kontrolle über Ungarn durch den Völkerbund der bedeutenden Verdienste des scheidenden Generalkommissars des Völkerbundes, Smith. Er führte u. a. aus: Der Sohn einer großen, glorreichen und reichen Nation nahm eine verantwortungsvolle und heisse Stellung in einem armen und verarmten Lande ein und erfüllte seine natürlich unvollständige Aufgabe nicht nur mit der objektiven Unbefangtheit des Fachmannes und dem edlen Puritanismus der wirklichen Selbstlosigkeit, sondern auch zugleich mit dem Verständnis eines die ungarische Nation schätzenden guten Fremdes. Ich glaube der einmütigen Auffassung aller Parteien ohne Unterschied Ausdruck zu geben, wenn ich die protokollierende Vereinerung des Dankes der ungarischen Nation